

<http://www.rheinischer-merkur.de/index.php?id=39460>

DRUCKEN

» Fenster schließen

Datum: 07.01.2010

## BANKENKRISE

### Der geplünderte Bürger

Der Staat spannt für strauchelnde Geldinstitute den Rettungsschirm auf. Der Kleinanleger wurde im Regen stehengelassen. Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Eine Warnung für die Zukunft.

■ VON DANIEL DETTLING

Das Empire schlägt zurück. Mehr als ein Jahr nach dem globalen Finanz-Tsunami kommt die Gegenreaktion der Politik. „London erklärt den Bankern den Krieg“, titelte kurz vor Weihnachten eine Wirtschaftszeitung. Monatelang haben die Regierungen in Washington, London, Paris und Berlin mit Milliardenpaketen Banken gerettet und mit neuem Kapital ausgestattet. Weil sie als „systemisch“ und „too big to fail“ von der Politik deklariert wurden, durften die Finanzinstitute nicht pleitegehen. Die Ausnahme Lehman Brothers bestätigt die Regel: ohne Banken keine Marktwirtschaft, ohne Marktwirtschaft keine Demokratie. Bankrotte Banken gefährden offenbar die westlichen Gesellschaften mehr als Terroristen und Extremisten.

Die globale Rettungsaktion wurde im vergangenen Jahr als Sternstunde der Politik und Renaissance des Staates interpretiert. Als Schutzschirm spannte er sich über Firmen, Sparer und Arbeitnehmer. Die Philosophie des „Neoliberalismus“ und „Turbokapitalismus“ sei gescheitert, halte es schnell von links bis in die Noch-Volksparteien CDU/CSU und SPD hinein. Tatsächlich? Wer zahlt die Zeche für die drastisch gestiegene Staatsverschuldung? Bislang spricht wenig dafür, dass die Verantwortlichen in den Finanzhäusern und Kreditabteilungen zur Kasse gebeten werden. Mehr spricht dafür, dass der Staat das Geld von den Bürgern holen wird. Am Ende bliebe der Staat, der vermeintliche Retter, als Invalide auf dem Schlachtfeld der Krise zurück.

### Zweifel am System

Die „Krise“ begann nicht im September 2008, sondern sehr viel früher. „Ich glaube an die Deutsche Bank, denn die zahlt aus in bar.“ Die Zeile aus einem Song von Marius Müller-Westernhagen aus den Achtzigerjahren gibt einen Stimmungstrend wieder, der fast dreißig Jahre währte. Zehntausende junge Abiturienten und Akademiker zog es in diesen Jahren in den Finanzsektor. „Aus dem Geld anderer Leute eigenes Geld machen“ war das Lebensziel einer ganzen Epoche. Der Soziologe Ralf Dahrendorf beschrieb den Zeitgeist in einem fulminanten Essay kurz vor seinem Tod als „Kapitalismus auf Pump“. Dessen Parole hieß „Enjoy now, pay later!“ Irgendjemand da draußen würde schon die Zeche zahlen.

Diese Ideologie galt partei- und schichtübergreifend. Seit den Siebzigerjahren sind die deutschen Staatsschulden stets gewachsen, ganz gleich, wer regierte. Seit 1974 lag die Neuverschuldung des Bundes in keinem einzigen Jahr unter sechs Prozent der Bundesausgaben. So viel Kontinuität kommt selten vor. Der Mainstream in der ökonomischen Klasse gleicht heute einem ihrer Produkte: Er ist zu einem „Derivat“, einem Abbild seiner selbst geworden. Aus geliehenem Geld mehr Geld machen, hinter dem keine realen Werte steckten und das sie selbst zu Superreichen beförderte, war das Credo des Spekulationskapitalismus. Dieses Credo ist verblasst. Der Traum von der Selbstregulierung der Märkte und Kräfte ist im Loch der Billionen Dollar und Euro verschwunden. Die unkontrollierte Freiheit des Kapitals hat die Welt in eine gigantische Krise geführt. Die Jahre 2008/2009 werden als politische Zäsur in die Geschichte eingehen und markieren den Beginn einer neuen mentalen Verschiebung.

Das Spiegelbild des Kapitalismus auf Pump ist der Sozialstaat auf Pump. Auch dieser ist heute an seinen Grenzen angelangt, indem er auf Kosten der Zukunft Geschenke verteilt.

Die öffentlichen Haushalte, Bund, Länder und Kommunen, müssen in den kommenden Jahren nachweisen, wie sie ihre Schulden abbauen wollen. Viele werden es nicht können.

Sparmaßnahmen sind nur durch massive Einschnitte in das soziale Netz und bei der Bildung finanzierbar. Sie würden jedoch die Akzeptanz der Politik endgültig gefährden. Die Kluft zwischen Armen und Vermögenden nimmt stetig zu. Das große Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft, dass die Mehrheit es immer besser haben wird, ist dahin. Eine neue Dreiteilung durchzieht die politische Geografie: Die Oberschicht hat sich verabschiedet, die Mitte erodiert, und eine zunehmende Unterschicht fühlt sich abgehängt. Aus dem Land der Aufsteiger ist eine Gesellschaft der Statusfatalisten geworden. Mehr Anstrengung, mehr Wohlstand, mehr Anerkennung – dieser Dreiklang hat unsere Gesellschaft lange Zeit integriert und zusammengehalten. Heute glaubt nur noch eine Minderheit den Satz, dass sich Leistung lohnt und Anstrengung zu Aufstieg führt.

Das Gefühl, dass wir von Leistungseliten regiert werden, ist auf einem Tiefpunkt angelangt. Laut einer neuen Umfrage von Allensbach sind 74 Prozent überzeugt, dass die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht die wesentlichen Gegensätze in der Gegenwart markiert. Eine jüngst veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung kommt zu einem ähnlichen Befund: 70 Prozent der Befragten verlassen sich weder auf die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft noch auf das Bildungssystem und das soziale Netz.

Als Eliteversagen hat der im Herbst abgelöste Finanzminister Peer Steinbrück jüngst die Finanzkrise bezeichnet. Die Soziale Marktwirtschaft werde nicht durch radikale Linke oder Rechte infrage gestellt, sondern durch die Vertreter des Systems selber. Ähnlich wie 1945 schlägt im Land wieder eine Stunde null. Das Vertrauen der Bürger in die Problemlösungsfähigkeit der Eliten war nie geringer als heute. Banken und Regierungen brauchen ein Klima des Vertrauens. Sonst vergeben oder bekommen sie keine Kredite. Dieses Vertrauen zwischen Banken, Unternehmen, Politik und Bürgern ist grundlegend gestört. Allein die Politik könnte es wiederherstellen, nur sie hat das Mandat und die Legitimation, eine historische Krise in eine gute Entwicklung zu verwandeln. Solche Zäsuren kommen nicht oft vor. 1949 und 1989 sind solche Daten. 2009 ist als Chance vertan worden. Eine gemeinsame nationale Anstrengung hat die Politik seit Jahrzehnten versäumt zu formulieren aus Angst vor einer vermeintlichen Abwehrreaktion der Wähler.

## **Geld oder Gemeinwohl**

Anstatt als wiederauferstandener Souverän um den Primat der Politik zu kämpfen, lässt sich der Staat lieber als Opfer einer finanzkapitalistischen Erpressung vorführen. Die Akteure, die mit ihrem Pokern auf die Zukunft des Finanzsystem ruiniert haben, können sich darauf verlassen, dass die Politik ihnen zur Hilfe kommt. Banken, die den Unternehmen den Geldhahn abdrehen, haben die Gesellschaft als Geisel genommen: „Gebt uns Geld oder es wird ein verlorenes Jahrzehnt wie in Japan oder eine verlorene Generation wie in den Dreißigerjahren geben!“

Das Finanzsystem hat nichts begriffen und keine Lehren gezogen. Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, behauptete ironischerweise auf einer Veranstaltung zum 20. Todestag Alfred Herrhausens, des früheren Vorstandssprechers der Bank, dass in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Renditeziele weder im gesellschaftlichen Konsens noch von der Führung eines Unternehmens festgelegt würden, sondern vom Markt. Das genau ist das Problem. Ist der Staat der Ausfallbürge dieser Ordnung oder steht er nicht als Garant des Gemeinwohls vielmehr über ihr? Sind die Banken das System und der Staat und seine demokratische Ordnung am Ende des Spiels nur der Systemausputzer?

Die Lösegeldzahlungen an die Banken werden das politische Spiel grundlegend verändern. Die neue Frage ist radikaler: Wer regiert – das Geld oder das Gemeinwohl? Anhänger der ersten Antwort sehen im modernen Steuerstaat einen „Wegelagerer“, der seine Bürger „schröpft“ und „enteignet“. Daher gelte es, diese als „Leistungssträger“ möglichst umfassend und rasch zu „entlasten“ – auch zulasten kommender Generationen. Anhänger der zweiten Antwort suchen nach einem Kompass zwischen Eigeninteresse und Allgemeinheit. Ihr Fokus gilt kommenden Generationen, denen kein handlungsunfähiger, hoch verschuldeter Staat hinterlassen werden dürfe. Generationen- und Beteiligungsgerechtigkeit sind die Leitbilder dieses Menschenbildes. Steuern sind so gesehen nicht des Teufels, sondern unabdingbare Voraussetzung für ein funktionsfähiges und faires, sozial mobiles Gemeinwesen.

Prominentester Vertreter der ersten Gruppe ist 2009 nicht Guido Westerwelle, sondern Peter Sloterdijk gewesen. Sein Diktum, ohne Steuerstaat würden die Bürger effizienter und gerechter spenden, ist durch keine Empirie belegt. Das Gegenteil gilt zumindest für

das konservative Deutschland: Ohne abzugsfähige Spendenbescheinigung wird das Spendenaufkommen sinken und nicht steigen. Es lohnt sich daher, die neuen Texte der Deutschen Bischofskonferenz („Auf dem Weg aus der Krise“) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD, „Transparenz und Gerechtigkeit“) zu lesen.

Ohne Steuermoral ist eine moderne soziale Moral nicht begründbar und ohne ein Höchstmaß an Generationen- und Beteiligungsgerechtigkeit hat soziale Moral keine Zukunft. Ein Gemeinwesen ist mehr als die Summe seiner Individuen und ihrer Interessen. Ohne kollektive Leidenschaft und Anstrengung kann ein Staat grundlegende Probleme nicht lösen.

In den kommenden Jahren wird sich als Folge der Finanzkrise die Ungleichheit zwischen den Generationen, zwischen Älteren und Jüngeren, Deutschen und Nichtdeutschen, Ost und West, Nord und Süd verschärfen. Politik und Wirtschaft werden eine Antwort auf die Frage finden müssen, warum sich die Lage trotz eines mit Milliarden finanzierten Sozialstaates verschlechtert. „Konservativ“ galt einst als Gegenteil von „kurzfristig“. Die einen denken an die eigene Klientel und die eigenen Kinder, die anderen auch an die Kinder anderer Leute und kommende Generationen.

Die Frage der neuen Epoche lautet: Wer entscheidet über unsere Zukunft? Die Sphäre der Politik oder die Finanzwelt? Letzterer scheint es gleichgültig zu sein, welche politische Macht unter ihr existiert. Der Politik kann dies nicht egal sein. Die Finanzkrise hat uns die Grenzen der Handlungsfähigkeit des Staates vor Augen geführt. Als Konfliktversicherer, Lückenbüßer und Retter wird er nicht noch ein weiteres Mal den Finanzkapitalismus retten können. Der Kapitalismus wäre dann sich selbst überlassen. Zurechtkommen dürfte er mit seiner neuen Einsamkeit kaum. Ebenso wenig wie der Rest des Systems: die 99,9 Prozent der Bürger.

**Daniel Dettling** leitet den Thinktank Berlinpolis. Zuletzt erschien von ihm im VS Verlag: „Minima Moralia der nächsten Gesellschaft“.

**Internet:** [www.berlinpolis.de](http://www.berlinpolis.de)

© Rheinischer Merkur Nr. 1, 07.01.2010



**Artikel kommentieren**